

E 010400

13. März 2019



Der Oberbürgermeister

über
Magistrat

und
Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Christa Gabriel

an den Ausschuss für Frauen, Wirtschaft und
Beschäftigung

7. März 2019

Betreff: Überlastungsanzeigen

Vorlagen-Nr. 18-F-08-0057, Beschluss-Nr. 0085 vom 30.10.2018 des Ausschusses für
Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung

Sehr geehrte Frau Vorsitzende Schuchalter-Eicke, sehr geehrte Damen und Herren,

mit Beschluss Nr. 0085 der öffentlichen Sitzung am 30.10.2018 bat der Ausschuss für
Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung den Magistrat, über den Stand der Überlastungsan-
zeigen aus den Jahren 2015 bis 2018 zu berichten.

Beschlusstext:

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat möge

- differenziert nach Ämtern und Eigenbetrieben - berichten, wie viele Überlastungsan-
zeigen es in den Jahren 2015 bis 2018 in der Stadtverwaltung, einschließlich der Ei-
genbetriebe, gegeben hat,
- darlegen, welche Ursachen hierfür verantwortlich gemacht werden und
- welche Maßnahmen im Hinblick auf die Ursachen ergriffen wurden bzw. ergriffen wer-
den sollen.

Hierzu nehme ich wie folgt Stellung. Vor dem Hintergrund der Zuständigkeit der jeweiligen
Fachbereiche für die Behandlung von Überlastungsanzeigen wurden die Dezernate von mir
angeschrieben und um Stellungnahme gebeten. In der Anlage sind die Rückmeldungen ta-
bellarisch dargestellt und sinngemäß zusammengefasst.


Syen Gerich

Anlage

Amt	Anzahl	Anlass	Maßnahme
10 Hauptamt	2	Stellenvakanz	Abhilfe durch Unterstützung anderer Mitarbeiter/innen des Amtes.
11 Personal- u. Organisationsamt	0		
12 Amt für Statistik u. Stadtforschung	0		
14 Revisionsamt	0		
16 Amt d. Stadtverord- netenversammlung	0		
20 Kämmerei	0		
21 Kassen- und Steueramt	1	Personelle Ausstattung für den Aufgabenumfang zu gering.	Abhilfe durch zwei zusätzliche Stellen geschaffen.
23 Liegenschaftsamt	0		
30 Rechtsamt	1	Erhöhter Arbeitsanfall durch Inkrafttreten der DS-GVO verbunden mit dem krankheitsbedingten Ausfall, der für die wesentliche Unterstützung in diesem Bereich zuständigen Mitarbeiterin.	Zur Beseitigung der Überlastung erfolgten zunächst die Erhöhung der Arbeitszeit der Datenschutzbeauftragten sowie ein Kontrakt mit Amt 20 über vorübergehende Unterstützungsleistungen durch eine dortige Mitarbeiterin. Ferner ist beabsichtigt, externe Unterstützungsleistungen einzuholen.
31 Ordnungsamt	0		
33 Zuwanderungs- und Integrationsamt	2	1 Anzeige aus dem Bereich Aufenthaltsbeendigung: Arbeitsrückstände durch kurzfristige und mehrfache Ausscheiden von Mitarbeitern, da in absehbarer Zeit eine Verlagerung der Aufgabe erwartet wurde. 1 Anzeige im Bereich Servicebüro: aufgrund zu hoher Arbeitsmengen und Publikumsaufkommen.	Aufgabe und Sachbearbeiterin wechselten in der Zuständigkeit zum RP Darmstadt. Abhilfe durch Personalaufstockung.
34 Straßenverkehrsamt	0		
36 Umweltamt	0		
37 Feuerwehr	2	Anzeigen vom Januar 2015 und Dezember 2018: Es lag eine Meldung vor, im Betrachtungszeitraum zu viele Überstunden aufgebaut zu haben, tatsächliche reduzierten sich die Überstunden. Ein Feuerwehrmann wollte sich beruflich verändern, vorsorglich erstellte ein Vorgesetzter die Überlastungsanzeige.	Die Probleme wurden erörtert, kurzfristige organisatorische Veränderungen wie Aufgabenverteilung, Priorisierung der Aufgaben, pünktlicher Dienstschluss führten zur Lösung. Durch einvernehmliche Maßnahmen wie bessere Aufgabenverteilung sowie mittelfristiger Personalaussetzung gelöst.

Amt	Anzahl	Anlass	Maßnahme
39 Amt f. Veterinärwesen und Verbraucherschutz	0		
40 Schulamt	4	<p>2 Anzeigen im Bereich Schulbau/Bauunterhaltung: Hier verursachte eine Vielzahl kleinerer, aber arbeitsintensiver Bauunterhaltungsmaßnahmen mit hohem persönlichem Einsatz und krankheitsbedingter Ausfall die Meldung.</p> <p>2 Anzeigen aus dem Bereich der Schülerbeförderung: Hier gab es krankheitsbedingte Ausfälle.</p>	<p>Abhilfe durch andere Arbeitsaufteilung, technische Abhilfe und Personalaufstockung.</p> <p>Abhilfe durch Arbeitszeiterhöhung von Teilzeitkräften, ab 2019 sind Umsetzung und Schaffung einer neuen Stelle geplant.</p>
41 Kulturamt	0		
50 Amt für Grundsicherung u. Flüchtlinge	10	<p>5001 / 5 Anzeigen: davon</p> <p>3 Anzeigen von kompletten regionalen Arbeitsgruppen 500111, 500113 und 500114 als Organisationseinheit: Gründe waren Überlastung durch Personalausfall, fehlender Vertretung, unbesetzten Stellen, Sprachbarrieren und erhöhter ungeplanter Arbeitsanfall, Einführung von fav2wi, erhöhte Mitarbeiterfluktuation. Personalbemessung für die gestellte Anforderung zu gering.</p> <p>1 Anzeige aus dem Sozialdienst Asyl und zusätzlich drei Meldungen aus den Arbeitsgruppen 500132 und 500133 zu Belastungssituationen.</p> <p>1 Anzeige aus dem Bereich Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG): Gründe lagen in zu hohen Fallzahlen, personellen Engpässen, erhöhtem Zeitaufwand bei der Kommunikation, kulturelle Unterschiede und Sprachbarrieren, sich schnell ändernde gesetzliche Grundlagen, einem sehr schnell anwachsenden Flüchtlingsbereich, teilweise fehlenden Prozessbeschreibungen, stets neue Arbeitsaufträge, zu wenig bis keine Bewerber/innen zur zügigen Nachbesetzungen von Stellen.</p>	<p>Bereich Sozialhilfe: Abhilfe bei den Arbeitsgruppen durch Einschränkung der Servicezeiten, vereinfachte Fallbearbeitung durch Verzicht auf diverse Prüfungen, Personalerhöhung im Kundenservice. Zur Sicherung der gesetzlichen Aufgabenwahrnehmungen sind strukturelle Anpassungen erforderlich.</p> <p>Bereich Asyl: Vielseitige Abhilfe wie Verringerung Fallzahlen, Prozessbeschreibungen, Arbeitsplatzbeschreibungen zur Handlungssicherheit, strukturelle Änderungen, Personalaussetzung, Auswertung Pilotprojekt SGB VIII, Umsetzung der Ergebnisse in neue Konzepte, Teilung Sachgebiet - Maßnahmenmanagement soll Sozialdienst Asyl entlasten und Gründung einer zweiten Arbeitsgruppe im Bereich Leistungen. Zusätzlich genehmigter Personalbedarf durch Beschlüsse Nr. 0390 vom 17.11.2016 und Nr. 412 vom 08.11.2018, Erarbeitung Fallzahlbemessung bei 500115, Generieren PKZ- und SAP-Kennzahl für</p>

Amt	Anzahl	Anlass	Maßnahme
			<p>alle Bereiche, Ausschreibungen im Hinblick auf realistische Personalgewinnung angepasst, Inhouse-Schulung, interkulturelle Kompetenz.</p> <p>Reduzierung telefonische Erreichbarkeit, temporäre Unterstützung, Unterstützung durch eine Rückkehrerin.</p> <p>Abhilfe durch vorübergehende Personalumsetzung, befristete Einstellungen, Prioritätenkataloge für die Aufgabenerledigung, Überarbeitung der Belastungskennzahlen, Einstellung von zusätzlichem Personal.</p>
51	12	<p>5002 / 1 Anzeige: Nach Reduzierung der Arbeitszeit einer Mitarbeiterin erfolgte nicht die zeitnahe und erforderliche Fallzahlreduzierung.</p> <p>5003 / 4 Anzeigen aus drei Arbeitsgruppen: Unbesetzte Stellen, langzeiterkrankte Mitarbeiter, steigender Arbeitsanfall und Aufgabemehrung.</p> <p>51.21 / 2 Anzeigen (1 Anzeige von einem Team, später aus dem gleichen Team 1 Anzeige einer Einzelperson): Kontinuierlicher Aufgabenzuwachs, gestiegene Anforderungen, Grundsätzlich wäre die Personalausstattung nicht an das Aufgabenspektrum und Sicherheitsaspekte angepasst, lange Vertretungssituationen, körperlich belastende Aufgaben und ungünstige Arbeitsplatzbedingungen unter Berücksichtigung vorhandenen gesundheitlichen Einschränkungen.</p>	<p>Schon vor der Anzeige wurde in Abstimmung mit 11 S und dem Institut für Arbeitsmedizin Abhilfe geschaffen (wie abwechselnde Tätigkeiten sitzend, stehend, gehend, Zusatzheizung, wärmende Dienstkleidung), nach der Anzeige Teambesprechung, Arbeitsanalyse, bauliche Veränderung am Schalter, Reduzierung von Störungen, flexible Tagesarbeiten, mit AOK und Gesundheitsmanagement abgestimmte Kurse zur Erleichterung der Arbeitsabläufe, Beschaffung arbeitsplatzergonomischer Hilfsmittel, Ausschreibung einer zusätzlichen VZÄ. Erfassung und Bewertung der Aufgaben in einer Prioritätenliste, damit Handlungssicherheit. Reduzierung unnötiger Störungen, Reduzierung der Zugangsberechtigten. Kurse ab 1/2019 zur Verbesserung von Arbeitsabläufen mit Gesundheitsmanagement und AOK. Beschaffung arbeitsplatzergonomischer Hilfsmittel.</p>

Amt	Anzahl	Anlass	Maßnahme
		510830 / 1 Anzeige: Personalmangel.	Abhilfe durch organisatorische Änderungen, zusätzliches temporäres Personal, 0,5 VZÄ für ein Jahr.
		5102 / 2 Anzeigen aus KTs: Personalengpässe durch unbesetzte Stellen und Krankheitsausfällen, schwierige Kinder in der Gruppe.	Abhilfe durch personelle Unterstützung, fachliche Unterstützung, Gesprächen mit Eltern.
		5103 / 7 Anzeigen (davon 2 Anzeigen einer gesamten Org.-Einheit, 5 Einzelanzeigen): Personalmangel, Aufgabenzuwachs, lange Vertretungssituationen, Stellen wurden nicht im beantragten Umfang gewährt. Nach Angabe Dez. VI sei das Instrument der Überlastungsanzeigen bei 5101 und 5105 „wahrscheinlich nicht bekannt“ gewesen. Im Betrachtungszeitraum hätte es ansonsten weitere Anzeigen gegeben.	Abhilfe durch SV mit einer zusätzlichen Stelle, zwei Springerstellen, Aktivierung einer Rentnerin. Schaffung eines Personalpools wünschenswert.
52	0	Sportamt	
53	0	Gesundheitsamt	
61	0	Stadtplanungsamt	
63	2	Bauaufsichtsamt	Abhilfe durch Umstrukturierungen und Optimierung der Arbeitsprozesse sowie Organisationsanalyse mit dem Ergebnis eines zusätzlichen Stellenbedarfs von 2,2 VZÄ. Die Stellenbesetzung erfolgte im Sept./Okt. 2018. Einschränkung der Servicezeiten, Herausnahme aus dem Tagesgeschäft, Schulungen, Gespräche mit Vorgesetzten und Personalrat.
64	54	Hochbauamt	Organisatorische Abhilfe und Erhöhung der Stellen um 0,55 VZÄ, weitere 0,5 VZÄ erforderlich und beantragt.

Amt	Anzahl	Anlass	Maßnahme
		<p>640210 Objekte 1 / 12 Anzeigen Erhöhtes Arbeitsaufkommen, langjähriger Investitionsstau: "Der SNB 1, in dem alle Kleinmaßnahmen bis 5.000 € Auftragssumme zugeordnet sind, ist allein in den letzten drei Jahren um über 1 Mio. € angestiegen. Ursache dafür ist meistens die steigende Anzahl an Havarieren, die nicht selten die Folge unterlassener bzw. nicht ausreichender geplanter Bauunterhaltung sind." (KGSt Bericht 2015)</p> <p>640220 Objekte 2 / 12 Anzeigen: Erhöhtes Arbeitsaufkommen, langjähriger Investitionsstau (s.o.).</p> <p>640230 Objekte 3 / 14 Anzeigen: Erhöhtes Arbeitsaufkommen, langjähriger Investitionsstau (s.o.).</p> <p>640320 Technik / 15 Anzeigen: Trinkwasserhygiene, die aktuellen Normen der TW Hygiene können durch fehlendes Personal nicht umgesetzt werden. Hohe Anzahl von Trinkwasserbelastungen führt zu verzögerter Bearbeitung. Schorsteinfegerprüfung, Prüfung aller Liegenschaften kann im Bereich Lüftungsprüfung und Überlastungsanzeige Technik nicht sichergestellt werden. Wiederkehrende Prüfung der Lüftungsanlagen, die Beseitigung der Mängel kann nicht sichergestellt werden, gilt für alle Ämter. Wartung technischer Anlagen, vermehrtes Auftreten von Problemen, kaufmännische und organisatorische Abwicklung übersteigt Kapazitäten, aufwändige Abarbeitung der Mängel.</p>	<p>Mit SV 17-V-64-0001 drei VZÄ beantragt und genehmigt, durch Schulbauoffensive ist auch das verstärkte Personal nicht ausreichend, es besteht ein weiterer Bedarf von sechs VZÄ für die drei Sachgebiete der Abteilung 6402.</p> <p>Nach KGST-Untersuchung Personalunterdeckung festgestellt, SV nicht beschlossen sondern der Verwaltung mit der Klärung der Finanzierung zugereicht. Weitere SV in Bearbeitung.</p> <p>Nach erfolgter KGST-Untersuchung wurden mit SV 17-V-64-0001 3,5 VZÄ beantragt und genehmigt. Durch Schulbauoffensive reicht Personal nicht aus.</p>
66	Tiefbauamt	<p>Es liegen im Betrachtungszeitraum keine Überlastungsanzeigen einzelner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor. Gemäß Schreiben von Amt 66 („Überlastungsanzeigen 66 für 2018“) vom 08.02.2019 kam es zu Überlastungen in folgenden Organisationseinheiten:</p> <p>66-C Controlling: Reduzierung von zwei Stellen innerhalb der letzten beiden Jahre, dabei aber deutliche Mehrbelastungen in den Bereichen Jahresabschluss, Haushaltsplan, Beschaffungscontrolling, Projekte wie DIGI-V, DIGI-L, äußere</p>	

Amt	Anzahl	Anlass	Maßnahme
		<p>Erschließung von Wohngebieten, verschiedene Radverkehrsanlagen und Straßenbauprojekten und dem damit verbundenen Aufwand für budgetartige Abwicklung der Sitzungsvorlagen.</p> <p>6601 Verwaltung: Durch den Weggang der Abteilungsleitung 6601 übernahm der neue Abteilungsleiter in Personalunion das Sachgebiet 660110 und die Projektleitung „Neubau der zentralen Straßenmeisterei“. Das neue Bauhofprojekt sowie die Vorbereitung und Durchführung von vier Organisationsverfügungen und die Einrichtung des Sachgebietes Informations- und Flächenmanagement führten zu höherem Arbeitsaufkommen und einer deutlichen Überlastung.</p> <p>6602 Verkehrsplanung und -technik: Die Bearbeitung der im Haushalt verankerten Budgets, die Betreuung der 26 Ortsbeiräte einschließlich aller Bürgeranfragen zu den Bereichen Verkehrsberuhigung, Bushaltestellenprogramm, Unfallpunkteprogramm, Parkplatzprogramm, Beleuchtungsprogramm und Lichtsignalanlagenprogramm lastet die Abteilung voll aus. Für zusätzliche Aufgaben aus drei stadtwerten Großprojekten wie CityBahn, DIGI-V, B 455 (Boelkestraße/Petersweg Ost) und Nauroder Straße sowie für zahlreicher städtebaulicher Entwicklungsvorhaben (Bierstadt-Nord, Hainweg, Scheimengraben, Auf den Eichen, Lange Seegewann, Linde-Quartier, Erbenheim-Süd sowie Luftreinhalteplan, Masterplan Green City, Aktive Kernbereiche, Ostfeld, soziale Stadt Biebrich, soziale Stadt Westend) fehlen die personellen Kapazitäten.</p> <p>6603 Bau und Erhaltung: Deutliche Zunahme der Mehrarbeitsstunden, Laufzeiten bei der Projektabwicklung verzögern sich durch fehlende Mitarbeiter und Projektleiter. Vier Mitarbeiter betreuen Neubauprojekte, ad-hoc-Aufträge erschweren das Tagesgeschäft. Signifikante Zunahme von Erhaltungsaufträgen. Mail-Flut durch die Stabsstelle für Sauberkeit der ELW mit schwieriger und zeitaufwändiger Abarbeitung. Die Beschlüsse der Ortsbeiräte nehmen deutlich zu und widersprechen sich teilweise. Zunehmende Mitteilungs- und Informationsflut führen zu erheblichen Arbeitsrückständen. Niedrige Bauzinsen erhöhen die Anzahl der Bauherren, die erheblichen Druck auf die Bediensteten ausüben. Änderungen in</p>	

Amt	Anzahl	Anlass	Maßnahme
67	6	<p>der Gesetzgebung führen zu immer komplexer werdenden Themenfeldern. Bauprojekte können oft nur in verkehrssarmen Zeiten wie Ferien, nachts oder am Wochenende durchgeführt werden.</p> <p>6604 Forderungen und Verträge: Hier erfolgte nach einer Ausgliederung aus 6601 eine Stellenreduzierung, den Mitarbeiter/innen fehlen Routine und Erfahrung. Der Abteilungsleiter führt seine neue Funktion in Personalunion mit seiner alten Tätigkeit als Bezirksleiter durch, was zu erheblichen und unzumutbaren Überlastungen in Form von Überstunden und gesundheitlichen Problemen führt.</p> <p>6605 Stadtvermessung: Es kam zu erheblichen Belastungen, da die Stelle des verstorbenen Sachgebietsleiters noch nicht besetzt werden konnte. Die Durchführung von Kampfmiträumaßnahmen und Archäologischen Untersuchungen im Gebiet Petersweg Ost tragen zu weiteren Überlastungen bei.</p>	
70	0	<p>4 Anzeigen aus dem Jahr 2015, eine davon als Anzeige des gesamten Sachgebietes: Ursachen lagen in unbesetzten Stellen, Mehrung der Aufgaben und Umfang, fehlenden Organisationsstrukturen, Aufgabenabgrenzungen sowie fehlende Schnittstellen und Prozessbeschreibungen.</p> <p>2 Anzeigen aus 2017: Gründe lagen in unbesetzten Planstellen und erhöhtem Arbeitsanfall.</p>	<p>Abhilfe erfolgte durch Stellenbesetzungen, Stellenneuschaffung, Stellenumwandlung sowie Aufgabenumverteilung und Aufgabenanalysen.</p> <p>Zur Minderung der Arbeitsbelastung wurden Sofortmaßnahmen wie Inspektion und Reparatur von Arbeitsgeräten vergeben, eine Stelle wurde umgewandelt.</p>
71	0		
82	0	ELW Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden	
86	0	VLW Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden	
	0	TriWiCon	
	0	Mattiaqua	
	96	gesamt	